

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 99. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. September 2008, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Anna Schlosser-Keichel

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein 2008</b>	<b>5</b>
	Drucksache 16/1839	
<b>2.</b>	<b>Sachstandsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Keitum Therme Sylt-Ost</b>	<b>6</b>
	Vertraulicher Umdruck 16/3441	
<b>3.</b>	<b>a) Institut für baltische und skandinavische Archäologie</b>	<b>7</b>
	Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdrucke 16/3378 und 16/3426	
	<b>b) Strukturprobleme und Finanzierung der Universität Flensburg</b>	
	Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3420	
<b>4.</b>	<b>Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein sowie den Kreisen und kreisfreien Städten zur Abwicklung des Bundesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“</b>	<b>9</b>
	Vorlagen des Ministeriums für Bildung und Frauen Umdrucke 16/3333 und 16/3425	
<b>5.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes</b>	<b>10</b>
	Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2214	

- 6. Faire Zerlegung der Gewerbesteuer beim Betrieb von Windenergieanlagen 11**
- Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2221
- 7. Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften 12**
- Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2183
- 8. Information/Kenntnisnahme 13**
- Umdruck 16/3399 - Norddeutsche Kooperation der Labore  
Umdruck 16/3400 - Jahresbericht 2007 des Landesbesoldungsamtes  
Umdruck 16/3401 - E-Government-Projekte  
Umdruck 16/3402 - Schleswig-Holstein-Fonds  
Umdruck 16/3420 - Universität Flensburg  
vertraulicher Umdruck 16/3442 - Bezuschussung eines Unternehmens
- 9. Verschiedenes 14**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz  
Schleswig-Holstein 2008**

Drucksache 16/1839

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

hierzu: Stellungnahme der Landesregierung  
Umdruck 16/3362

Frau Hansen, stellvertretende Leiterin des ULD, wiederholt die Bedenken gegen die Steuer-Identifikationsnummer für alle Bürgerinnen und Bürger und zeigt datenschutzkonforme technische Alternativlösungen auf.

St Dr. Wulff stellt die Vorteile der Steuer-ID, die in Schleswig-Holstein erfolgreich zugestellt worden sei, und die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen heraus (Umdruck 16/3362, Seite 11).

Der Ausschuss nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich fallende Textziffer 4.8 - Steuerverwaltung - des Tätigkeitsberichts des ULD zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht des Wirtschaftsministeriums zur Keitum Therme Sylt-Ost**

Vertraulicher Umdruck 16/3441

M Dr. Marnette stellt sich dem Finanzausschuss vor und benennt seine politischen Schwerpunkte.

Auf Fragen des Vorsitzenden und der Abg. Heinold zur Keitum Therme erwidert er, das Ministerium sei gegenwärtig in einer Beobachtungs- und Abwartephase. Wenn das Ziel nicht erreicht werden sollte, müssten die geflossenen Fördermittel zurückgefordert werden.

AL Dr. Haass teilt mit, die EFRE-Mittel in Höhe von 900.000 € wolle man für ein anderes Projekt nutzen. Nach Klärung der Gesamtsituation werde man eine Umschichtung ins Zukunftsprogramm Wirtschaft prüfen.

Abg. Kubicki thematisiert noch einmal die Konkurrenzsituation zur Sylter Welle und erwartet, spätestens nach der Fusion von Keitum und Westerland über die weitere Entwicklung informiert zu werden.

Der Finanzausschuss erwartet, dass ihn das Wirtschaftsministerium unaufgefordert zeitnah über neue Entwicklungen unterrichtet.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Institut für baltische und skandinavische Archäologie**

Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdrucke 16/3378 und 16/3426

**b) Strukturprobleme und Finanzierung der Universität Flensburg**

Schreiben des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/3420

- a) Abg. Heinold bezeichnet die Antwort des Wissenschaftsministeriums als „Frechheit“. Sie lehne es ab, mit zusätzlichem Geld ein neues Institut zu gründen.

Auch P Dr. Altmann hält es für nicht vertretbar, ein neues Institut zu errichten, dessen dauerhafte Finanzierung nicht sichergestellt sei und das den Landeshaushalt ab 2010 mit mehr als 1,5 Millionen, im Endausbau sogar mit bis zu 2,6 Millionen € jährlich belaste, solange der Landeshaushalt nicht saniert und die bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen nicht aufgabengerecht ausfinanziert seien.

Abg. Kubicki teilt die Bedenken des Landesrechnungshofs. Es sei nicht sinnvoll, in der Wissenschaftslandschaft viel, aber wenig Durchschlagendes zu haben.

Abg. Spoorendonk hingegen stellt die Bedeutung des Instituts heraus, das für das Land eine notwendige Ergänzung der Forschungslandschaft darstelle und nicht gegen andere Projekte ausgespielt werden dürfe.

Der Finanzausschuss erwartet vom Wissenschaftsministerium im Rahmen der Haushaltsberatungen eine genauere Kostenaufstellung.

- b) P Dr. Altmann problematisiert die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen im Lande und insbesondere der Universität Flensburg. In den vergangenen Jahrzehnten habe man den politischen Versuch unternommen, durch Hochschulpolitik Regionalpolitik zu machen, mit dem Ergebnis, dass die Decke derzeit für alle Hochschulen zu kurz sei und alle Hochschulen im Lande weder leben noch sterben könnten. Der Haushaltsgesetzgeber müsse sich gut überlegen, ob es sich das Land finanziell leisten könne, durch zusätzliche

millionenschwere Investitionen für Baumaßnahmen und Personal in Flensburg dazu beizutragen, die zersplitterte Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein weiter zu zementieren.

M. Dr. Marnette äußert, die Landesregierung sei von der Entscheidung der Akkreditierungskommission überrascht worden.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein sowie den Kreisen und kreisfreien Städten zur Abwicklung des Bundesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“**

Vorlagen des Ministeriums für Bildung und Frauen  
Umdrucke 16/3333 und 16/3425

Auf eine Nachfrage von Abg. Heinold stellt RL Dr. Otto klar, dass Baumaßnahmen ab Oktober 2007 gefördert würden. Die Zahlung der Mittel für die Betriebskosten erfolge ab 1. Januar 2009; deren Verteilung richte sich nach der Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2214

St Dr. Wulff begründet die Änderung des Kirchensteuergesetzes mit der Einführung der Abgeltungsteuer. Das Kirchensteuergesetz werde um Regelungen über den Einbehalt von Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer erweitert.

Abg. Kubicki lehnt den Gesetzentwurf ab, weil er zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Kreditinstitute auslöse, die Religionszugehörigkeit das Kreditinstitut nichts angehe und Kapitalerträge von Auslandskonten dem Einbehalt der Kirchensteuer nicht unterlägen.

Abg. Koch weist darauf hin, dass Steuerpflichtige, wenn sie der Bank ihre Religionszugehörigkeit nicht mitteilen, verpflichtet seien, ihre Kapitaleinkünfte in der Steuererklärung zu deklarieren. Damit entfele die beabsichtigte bürokratische Entlastungswirkung.

Die Abgeordneten Astrup und Sauter machen für ihre Fraktionen Beratungsbedarf geltend.

St Dr. Wulff stellt klar, dass kein Steuerbürger verpflichtet werden könne, dem Kreditinstitut seine Konfession mitzuteilen und es keine Kirchensteuerpflicht für ausländische Einkünfte gebe.

Abg. Kubicki kritisiert noch einmal, dass zugunsten einer privaten Einrichtung (der Kirche) privaten Dritten (den Kreditinstituten) der Zugriff auf Daten der Steuerverwaltung ermöglicht werde. Weil nicht alle Steuerbürger freiwillig ihre Daten einem Kreditinstitut zur Verfügung stellten, entstehe nur eine partielle Verwaltungserleichterung.

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung, ihm die Ergebnisse der von der Regierung durchgeführten Anhörung zum Gesetzentwurf zur Verfügung zu stellen und zu den in der Sitzung aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, sowie das ULD um eine Stellungnahme.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Faire Zerlegung der Gewerbesteuer beim Betrieb von Windenergieanlagen**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2221

(überwiesen am 11. September 2008 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss stellt die Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/2221 zurück, um die Beschlussfassung auf Bundesebene abzuwarten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2183

(überwiesen am 10. September 2008 an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Auf Anregung von Abg. Schulze kommt der Finanzausschuss überein, schriftliche Stellungnahmen zu dem Antrag Drucksache 16/2183 einzuholen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Information/Kennntnisnahme**

Umdruck 16/3399 - Norddeutsche Kooperation der Labore

Umdruck 16/3400 - Jahresbericht 2007 des Landesbesoldungsamtes

Umdruck 16/3401 - E-Government-Projekte

Umdruck 16/3402 - Schleswig-Holstein-Fonds

vertraulicher Umdruck 16/3442 - Bezuschussung eines Unternehmens

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

VP Dopp erwartet in den nächsten Jahresberichten des Landesbesoldungsamtes (siehe Umdruck 16/3400) eine Aussage zur Einhaltung des Personaleinsparkonzepts.

Zu Umdruck 16/3442 - Bezuschussung eines Unternehmens - möchte der Finanzausschuss vom Wirtschaftsministerium wissen, ob es sich um eine Betriebserweiterung oder Betriebsverlagerung handelt und wann die neue Betriebsstätte errichtet wird.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) St Dr. Wulff nimmt Stellung zum FDP-Antrag **Privatisierung der Spielbanken**, Drucksache 16/1834 und Umdruck 16/3452. Die Verhandlungspartner HSH Nordbank und Investitionsbank würden sich über den Kaufpreis nicht einig. Die Investitionsbank sei bereit - sofern kartellrechtlich zulässig -, Spielbankanteile befristet zu „parken“. Das Finanzministerium prüfe derzeit, inwieweit es sinnvoll und möglich wäre, eine andere Gesellschaft mit dem Halten von Spielbankanteilen zu „beauftragen“.

Abg. Heinold möchte am öffentlich-rechtlichen Spielbetrieb festgehalten wissen und fordert schnellstmöglich konkrete Verbesserungen für die Beschäftigten.

Abg. Sauter sieht sowohl das Verbleiben der Spielbankanteile bei der HSH als auch die Übertragung auf die I-Bank oder eine andere Gesellschaft kritisch und macht für seine Fraktion Beratungsbedarf geltend.

Abg. Kubicki mahnt eine rechtzeitige parlamentarische Befassung an und beantragt, eine zeitnahe Beratung mit den Beteiligten im Ausschuss durchzuführen.

Abg. Arp hält es für sinnvoll, zunächst die Vorschläge der Regierung abzuwarten.

Abg. Koch möchte wissen, wieso das Land beziehungsweise eine möglicherweise neu zu gründende Gesellschaft bereit sei, einen höheren Preis als die Investitionsbank zu zahlen und wie der Preis finanziert werden solle.

Der Finanzausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, das Thema vor Abschluss der Haushaltsberatungen auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu setzen, wenn die Landesregierung ihre Beratungen und Gespräche abgeschlossen hat.

b) Der Vorsitzende mahnt die Erledigung offener **Berichtspflichten** durch die Landesregierung an: Auflistung der infolge von Pensionierung in den kommenden Jahren frei werdender Planstellen und Vorlage des Jahresberichts des Schleswig-Holstein Musik Festivals.

- c) Der Vorsitzende fragt die Landesregierung, inwieweit das Land von der Entwicklung der **Eutiner Sommerfestspiele** finanziell betroffen sei.
- d) Der Finanzausschuss folgt dem Antrag von Abg. Kubicki, in seiner nächsten Sitzung den Finanzminister und den Vorstand der **HSH Nordbank** zur Entwicklung der HSH und insbesondere zu Auswirkungen des Zusammenbruchs von Lehmann Brothers zu befragen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer